Landesverband Rheinland-Pfalz

Seniorenverband BRH, Landesverband RLP
Waldalgesheimer Str. 104, 55545 KH-Winzenheim

Stellv. Landesvorsitzender und Pressesprecher
Volker F a u s t
Waldalgesheimer Str. 104
55545 Bad Kreuznach
0671/92059946
volker.faust@t-online.de
Bad Kreuznach, den 21.11.2022

Mitgliederinfomation

Anstehende Tarifverhandlungen

Die Gewerkschaft Verdi und der Deutsche Beamtenbund-Tarifunion fordern eine Anhebung der Einkommen für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen von 10,5 %. Mit dieser Anhebung geht es um einen gewissen Ausgleich für die derzeitige Inflationsrate von mehr als 10% monatlich. Im Grunde wäre dies eine Null-Runde.
Nach der Forderung der Gewerkschaften sollen insbesondere die unteren Einkommen im öffentlichen Dienst einen angemessenen Ausgleich erhalten. In den Verhandlungen ist es Ziel der Gewerkschaften, mindestens 500,--mtl. bei einer Laufzeit von 12 Monaten zu erreichen. Die Besoldung der Beamten und Angestellten soll mindestens 15% oberhalb der staatlichen Grundsicherung liegen. Mit den Tarifverhandlungen will man erreichen, dass die Gehälter der Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst merklich besser sind wie bei den Beziehern der gesetzlichen Grundsicherung. Wie bei früheren Tarifverhandlungen wurden die ausgehandelten Ergebnisse auch auf die Angestellten und Beamte des Landes Rheinland-Pfalz übernommen. Die Tarifparteien und insbesondere die beteiligten Gewerkschaften sollten sich auf Einmalzahlungen an die aktiven Angestellten und Beamte nicht einlassen. Von den Einmalzahlungen haben wir Pensionärinnen und Pensionäre nichts bekommen. Ein Ergebnis, wie bei den Tarifverhandlungen der Metallindustrie sollte nach Möglichkeit verhindert werden, die Einmalzahlungen bringen den Kolleginnen und Kollegen keinen Cent mehr an Rente oder Pension. Sollten dennoch Einmalzahlungen bei den Tarifverhandlungen vereinbart werden sollten die Pensionärinnen und Pensionäre ebenfalls in den Genuss der Einmalzahlungen kommen. Auch wir Pensionärinnen und Pensionäre leiden an den erheblich gestiegenen Energiepreisen, Lebensmittelpreis und einer insgesamten sehr hohen Inflationsrate. Es bleibt im Grunde am Ende des Monats nichts mehr übrig. Dafür haben die Kolleginnen und Kollegen nicht Jahrzehnte ihre Arbeitskraft im öffentlichen Dienst dem Arbeitgeber Land zur Verfügung gestellt.

F.d.R.
Volker Faust
-Pressesprecher Seniorenverband-BRH-